

Editorial.

Integrative Suchthilfe – Entwicklungen, Herausforderungen und Perspektiven

Artur Schroers

Die vorliegende Gastherausgabe der Zeitschrift **rausch – Wiener Zeitschrift für Suchttherapie** befasst sich mit dem Thema *Integrative Sucht- und Drogenhilfe – Entwicklungen, Herausforderungen und Perspektiven*. Die Gastherausgabe ist im Kontext der Fachtagung zum Jubiläum des Nachsorge-Wohnprojekts BASIS und dem Drogenhilfezentrum Café BALANCE der Abteilung Suchthilfen der Landeshauptstadt Mainz entstanden, die in diesem Jahr ihr 30- bzw. 25-jähriges Bestehen feiern. Sie dokumentiert die Vorträge, die auf Basis der AutorInnenbeiträge der vorliegenden Ausgabe bei der Fachtagung in Mainz am 14. November 2017 gehalten wurden. Darüber hinaus wurden weitere Beiträge in das Fachmagazin einbezogen, die unterschiedliche Aspekte einer *integrativen Suchthilfe* beleuchten. Mit insgesamt elf Fachbeiträgen konnten Entwicklungen hin zur Ausgestaltung heutiger Sucht- und Drogenhilfe, die Herausforderungen an verschiedene Handlungsfelder bzw. Säulen des Suchthilfesystems und Perspektiven für die nächste Dekade der Sucht- und Drogenhilfe aufgezeichnet werden. Zehn Jahre sind dabei ein überschaubarer Zeitraum, wobei Prognosen immer anhand möglicher historischer Alternativentwicklungen bei Ereignissen, Entwicklungen und Rückentwicklungen in ihrer Aussagekraft limitiert sind. Dennoch lässt sich in den Beiträgen ein gemeinsames Narrativ der Suchthilfeentwicklung erkennen. Verkürzt: Es gab gewisse Fortschritte, Diversifizierungen und erweiterte Möglichkeitsräume für eine Sucht- und Drogenhilfe, die mit voranschreitender Entwicklung stärker auf die Bedarfe und Bedürfnisse ihrer Adressaten (-gruppen), seien es PatientInnen, KlientInnen, AngebotsnutzerInnen, Menschen mit besonderen Risiken hinsichtlich einer Suchtentstehung und -entwicklung sowie ihrer Lebensumstände etc., eingeht. Bei diesen positiven Entwicklungen ist jedoch weder ein kontinuierlicher Prozess der Zivilisierung der Suchthilfe zu einem demokratisch-emanzipatorisch noch zu einer generell partizipativen Ausrichtung an den Bedürfnissen der Suchthilfe-Adressaten zu be-

obachten. Immer wieder gab es Entwicklungen, die im Zeichen der Dominanz verschiedener Ansätze und Disziplinen (z.B. Strafrecht, Medizin, Public Health) in Forschung und Praxis stattfanden und -finden. Beispielhaft seien hier genannt: „Medizinalisierung der Sucht“, die per se „Psychopathologisierung von Drogenkonsumierenden“, Suchtverhalten aus dem verstärkten Blickwinkel von Kriminalisierung sowie Stigmatisierung und Ausgrenzung aus dem Gesundheits- und Pflegesystem. Auch „Roll-Backs“ des bereits Erreichten sind zu verzeichnen. So wurden u.a. unter dem Einfluss der verstärkten neurobiologischen Ansätze zur Erklärung von Sucht wieder deterministische Sichtweisen in der Suchttheorie en vogue. Zu nennen sind hier: die „Einstiegsdrogen“-Hypothese (engl. „Stepping-Stone-Hypothese“), Prädisposition einer Abhängigkeitserkrankung, „Sucht als Einbahnstraße“-Vorstellungen bzw. Hypothesen zur Irreversibilität von Gehirnveränderungen infolge von Substanzkonsum.

Aufgrund der bereits historisch seit langer Zeit hervorgetretenen Verquickung von Drogenpolitik als Gesundheits- und Strafpolitik und der konkreten Hilfepraxis sind immer wieder Paradoxien etwa von Hilfe und Strafanträgen, Abstinenz und kontrolliertem Konsum sowie Inkongruenzen in der Sucht- und Drogenhilfepolitik einzelne Stoffe und Stoffgruppen betreffend entstanden, die in Beiträgen dieses Heftes des Öfteren anklingen.

Ziel bei der Konzipierung der vorliegenden Gastherausgabe war es, einerseits Entwicklungen und Befunde bundesdeutscher Sucht- und Drogenhilfe zusammenzutragen und andererseits dabei auch Fragen an die Autorinnen und Autoren dieses Heftes zu stellen, die für die Weiterentwicklung der kommunalen Sucht- und Drogenhilfe am Beispiel der Landeshauptstadt Mainz relevant sind. Es versteht sich von selbst, dass o.g. Entwicklungen und Problematiken, die sich bundesweit zeig(t)en, sich auch in Mainz widerspiegeln. Das betrifft sowohl die Innovationsschübe in der bundesdeutschen Drogen- und Suchthilfe(-politik) als auch die

rechtlichen Rahmenbedingungen etwa für die Sucht- und Drogenhilfe. Laut der aktuellen *Konzeption der Abteilung Suchthilfen* (2015) folgt die Suchthilfe in Mainz dem Ansatz einer „integrativen Suchthilfe“. Dieser Ansatz verhilft Menschen mit einer Suchtproblematik dazu, dass sie mit ausreichend und qualitativ hochwertigen Angeboten am „best Point of Sale“ erreicht werden. Die Konzeption orientiert sich an den einzelnen Säulen der Suchthilfe(-politik):

- Prävention,
- Beratung und Therapie,
- Schadensminimierung und
- Repression.

Die Abteilung Suchthilfen praktiziert mit ihrer Säulenorientierung ein fortschrittliches und integrales Suchtkonzept: Beratung und Prävention in der *BRÜCKE*, Schadensminimierung durch Angebote des Drogenhilfezentrums *Café BALANCE* und hochschwellige Nachsorge im Wohnprojekt *BASIS*. Ein integrales Suchtkonzept ist für die gesellschaftliche Akzeptanz von Bedeutung. Die Suchtarbeit kann demnach nur erfolgreich sein, wenn die drei genannten Säulen im Wissen um unterschiedliche Suchtgrade/-stadien (risikoarm, problembehaftet, abhängig) individuell, prozesshaft und damit durchlässig für die unterschiedlichen Angebote sind.

Die vierte Säule – Repression – umfasst die Konfrontation mit Verhaltensweisen in Zusammenhang mit illegalen psychoaktiven Substanzen, wie z.B. deren Besitz, Weitergabe, Handel, Anbau, und, falls erforderlich, Sanktionen durch Justiz, Polizei und verschiedene Ämter. Sie ergänzt die ersten drei Säulen und erfüllt laut o.g. *Drogenkonzept der Abteilung Suchthilfen* einen sinnvollen Zweck, wenn in gegenseitigem Respekt die unterschiedlichen Aufgabenstellungen als notwendig für ein sinnhaftes Ganzes akzeptiert werden.

Integrative Suchthilfe bedeutet im Weiteren, ein Angebotsspektrum bereitzustellen, das unterschiedliche Ziele (z.B. Abstinenz wie Akzeptanz) für vielfältige Zielgruppen (junge, alte und z.B. flüchtende Menschen) integriert. Es geht aber auch um die Entstigmatisierung von Konsumierenden psychoaktiver Substanzen (legal wie illegal) und Menschen mit problematischem Konsumverhalten und die (Re-) Integration von suchtkranken Menschen in die Gesellschaft – z.B. hinsichtlich der Bereiche Gesundheit, Arbeitsmarkt, Wohnen, Pflege.

Aus dem Blickwinkel der Landeshauptstadt Mainz, die ein Vorwort zu dieser Gastherausgabe beiträgt, sind überdies die strategische Planung der Suchthilfe (im kommunalen Setting) und ein funktionierendes Schnittstellenmanagement sowie ein Nahtlosigkeitsprinzip zu

weiteren Hilfe- und Versorgungsbereichen und Sektoren wichtige Aspekte.

Im Folgenden werden nun die einzelnen Beiträge zusammenfassend vom Gastherausgeber der Zeitschrift vorgestellt. Die vorliegende Gastherausgabe gliedert sich im Folgenden inhaltlich in die drei Bereiche:

- I. Entwicklungen der Sucht- und Drogenhilfe,
- II. Handlungsfelder der Sucht- und Drogenhilfe,
- III. Sucht- und Drogenhilfe 2030: Herausforderungen und Perspektiven.

In dem sucht- und drogenpolitischen Vorwort zu dieser Ausgabe mit dem Titel *Suchthilfe als integraler Bestandteil kommunaler Gesundheits- und Sozialpolitik* hebt Eckart Lensch, *Dezernent für Soziales, Kinder, Jugend, Schule und Gesundheit*, die Bedeutung der Sucht- und Drogenhilfe hinsichtlich der frühzeitigen Erreichbarkeit von Menschen für Angebote der Sucht- und Drogenhilfe in Mainz hervor. Dazu sind diversifizierte Suchthilfeangebote erforderlich, die aktuelle gesellschaftliche Veränderungen berücksichtigen, die Menschen in ihrer Lebenssituation erreichen und auch digitale Kommunikationsräume von Menschen erschließen.

Zum Anfang des ersten Kapitels *Entwicklungen der Sucht- und Drogenhilfe* zeichnet Michael Klein in seinem Beitrag *Suchthilfe im Überblick – Geschichte und Entwicklungsaufgaben der Suchthilfe in Deutschland* einige Entwicklungslinien der Vorgeschichte der Deutschen Suchthilfe und Etappen in der neueren Geschichte zum Ende des letzten Jahrhunderts bis heute nach. Auch die politischen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen sowie Zuständigkeiten und Innovationen werden, durchaus aus einer kritischen Perspektive – z.B. bzgl. „Reformstaus“ und „Modernisierungsverweigerung“ – beschrieben. Klein führt auch Wegbereiter für innovative Schübe in der bundesdeutschen Suchthilfe an. Darunter zählen Landesvertreter, die bei der Innovation der Sucht- und Drogenhilfe in der Bundesrepublik wichtige Impulsgeber waren, wie zum Beispiel der ehemalige und mittlerweile verstorbene Drogenbeauftragte aus Nordrhein-Westfalen, Hans-Adolf Hüsken. Dies macht in dem Beitrag auch strukturelle Veränderungen schnell fassbar und leicht nachvollziehbar. Wenn Klein das aktuelle Suchthilfesystem „nach wie vor in weiten Teilen wenig innovativ und sehr beharrlich“ bewertet, plädiert er stattdessen für ein „evidenzbasiertes, forschungsfreundliches, selbstreflexives System von Handlungsstrategien [...], in dem auf der Basis humanistischer, verhaltenspsychologischer und tiefenpsychologischer Konzepte Menschen umfassend hinsichtlich Substanzkonsum, Selbstkontrollstrategien, Konsumreduktionen und Abstinenz-

erwerb beraten und behandelt werden. Dabei sollten Prävention und Therapie generationenübergreifend eng miteinander verzahnt sein.“ Er benennt und beschreibt einige Handlungsfelder der heutigen Sucht- und Drogenhilfe mit Problemen und Handlungsbedarf. So zum Beispiel Schnittstellenmanagement, Digitalisierung, Geschlechtsspezifität, Sucht und Familie sowie Professionalisierung. Zum Schluss seines Beitrags stellt er die wichtigsten Entwicklungsaufgaben einer zukünftigen Suchthilfe in synoptischer Sicht – und in Ermangelung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu diesen Themen – mit „einem gehörigen Schuss Subjektivität, da es entsprechender Forschungen in der Suchthilfe ermangelt“, dar.

In einem Interview mit Ingo-Ilja Michels steht ein Rückblick auf 30 Jahre Erfahrungen in der Gestaltung bundesdeutscher Sucht- und Drogenpolitik im Zentrum. Michels ist heute an der Hochschule in Frankfurt tätig und war bis Mitte der 1990er Jahre Drogenbeauftragter der Hansestadt Bremen und noch bis vor kurzer Zeit für viele Jahre in der Geschäftsführung verschiedener Drogenbeauftragten der Bundesregierung tätig. Michels sieht als „ein wichtiges gesundheitspolitisches Ziel, riskanten Konsum, schädlichen Gebrauch und Abhängigkeit von Suchtmitteln zu verhindern oder zumindest zu reduzieren“. Bei einer Suchterkrankung und deren Prävention wirken viele komplexe gesellschaftliche und soziale Aspekte zusammen (gesellschaftliche Teilhabe, Verfügbarkeit von Suchtmitteln etc.). Wenn es darum geht, die fachliche Qualität der Angebote zu gewährleisten, sind neben fachlichen Standards auch die komplexen finanziellen (etwa Sozialhilfeträger) und gesetzlichen Vorgaben hierfür zu schaffen. Michels macht deutlich, dass Suchtkranke in Deutschland einen Rechtsanspruch auf Hilfe haben. Der Autor kann dabei auf vielfältige Erfahrung im Rahmen seiner Tätigkeit zurückblicken. Etwa wenn es um die Aufgabe der Bundesdrogenbeauftragten geht, die Koordinierung der Drogen- und Suchtpolitik auf Bundesebene, in enger Verzahnung mit den Ländern und Kommunen, den Verbänden der Suchtkrankenhilfe, der Wissenschaft und den Selbsthilfegruppen jeweils mit unterschiedlichen Schwerpunkten zu gewährleisten. Das schriftliche Interview mit Ingo-Ilja Michels führte Artur Schroers.

Bernd Werse, der an der Goethe-Universität Frankfurt einen Schwerpunkt in der epidemiologischen Drogenforschung hat, möchte in seinem Beitrag *Trendforschung zum Drogenkonsum unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen* darüber Aufschluss geben, „wie weit ein bestimmter Drogenkonsum verbreitet ist – insbesondere

wie hoch die Anteile junger Menschen liegen, die gefährdet sind, einen problematischen Konsum zu entwickeln oder einen solchen schon entwickelt haben“. Die vorgelegten Daten epidemiologischer (repräsentativer) Drogentrendforschung können dazu aufgrund verschiedener vom Autor angeführter (methodologischer und methodischer) Probleme „nur eine mehr oder weniger gute Annäherung“ an die soziale Realität bringen. Am Beispiel verschiedener aktueller Trendforschungen wie dem Frankfurter *Monitoring-System Drogentrends (MoSyD)*, der bundesweiten Daten der „Drogenaffinitätsstudie“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und der Erkenntnisse aus europaweiten Daten des *European School Survey Project on Alcohol and Other Drugs (ESPAD)* werden vom Autor aktuelle Daten zu o.g. Fragestellungen vorgestellt und zum Teil auch bewertet. Gerade bei der Interpretation der Daten und der Beschreibung von Ursache-Wirkungszusammenhängen werden auch Limitierungen epidemiologischer Trendforschung deutlich. Werse resümiert hierzu, dass als Ergänzung zu epidemiologischen Erhebungen für „die Beobachtung von (teils sehr kurzzeitigen) Veränderungen in spezifischen, besonders drogenaffinen Umfeldern [...] Key-Person-Erhebungen aber sehr gut geeignet [sind], ebenso wie für die Ermittlung möglicher Gründe für derartige Änderungen.“

Das zweite Kapitel der Zeitschrift befasst sich mit wesentlichen Handlungsfeldern der Sucht- und Drogenhilfe sowie den Säulen der Sucht- und Drogenpolitik. Die Verfasserin des Beitrags zur Suchtprävention ist Regina Kostrzewa, *Von gendersensibler und diversityorientierter Suchtprävention bis Resilienzförderung und Kompetenzorientierung. Die Vielfalt zeitgemäßer Ansätze von Suchtprävention im Kontext historischer Entwicklungen im Rahmen einer integrativen Suchthilfe und -politik*. Die Autorin ist Professorin für Soziale Arbeit an der Internationalen Hochschule (IUBH) und kann auf eine lange Berufspraxis in der Prävention und Suchtarbeit zurückblicken. In der Einleitung des Beitrags gibt sie einen Rückblick auf die neue Historie der Suchtprävention in Deutschland. War die Suchtprävention in den 1960er Jahren durch strenge strafrechtliche Sanktionierung der Konsumierenden und Abschreckungskampagnen gekennzeichnet, orientierten sich die Präventionsmodelle hiernach stärker am medizinischen Präventionsparadigma bzw. sahen Drogenkonsumierende aufgrund eindimensionaler Erklärungsmodelle von Sucht als unmündige Menschen und Opfer von Drogen. In weiteren Phasen hatte die Gesundheitsförderung starken Einfluss und stand dann stark unter der Forderung von Evidenz und Evaluation. Kostrzewa

zieht bei diesem Aspekt auch AutorInnen mit kritischen Positionen zu dieser Entwicklung heran. Die Autorin fragt mit Blick auf die heutige Ausgestaltung der Suchtprävention, ob diese sich wieder in einer Sackgasse befinde oder ob emanzipatorische Bestrebungen und lebensweltnahe Ansätze sich durchsetzen. Im Folgenden geht die Autorin auf die Entwicklungen von gendersensibler und diversityorientierter Suchtprävention auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse ein, die Vorbilder zum Beispiel in der Schweiz hat. Der Lebenskompetenzansatz wird im Kontext einer lebensweltorientierten Suchtprävention verortet und von Konsumkompetenz bzw. Risikokompetenz, die nicht nur beim Individuum verortet wird, sondern auch gesellschaftliche Verantwortung einbezieht. Kostrzewa geht auch auf die Problematik von Stigmatisierung durch Suchtprävention ein und gibt Beispiele für eine stigmafremde Suchtprävention. Ein partizipatorisches Verständnis entspräche auch dem Ansatz einer integrativen Suchthilfe und -politik, wobei eine auf Konsumkompetenz ausgerichtete Suchtprävention selbstbestimmtes und sinnerfülltes Leben bei den Menschen unterstützen kann.

Martin Weber, der beim großen Wiener Suchthilfeträger *Dialog* bis Juni 2018 als stellvertretender Geschäftsführer tätig war und bis heute Qualitätsbeauftragter dort ist, gibt uns in einem *Praxisbericht* konkrete Einblicke in die *Qualität in der Suchtarbeit – zwischen Anspruch und Machbarkeit*. Er führt die Leserin und den Leser zunächst in den aus dem Wirtschaftsbereich kommenden Qualitätsbegriff ein. Begriffe wie „Objekt“, das ist ein „Produkt“, eine „Dienstleistung“ ein „Prozess“, sind noch heute in der Welt der Sozialen Arbeit häufig fremd, beschreiben aber „Qualität“ oder die „gesamte Organisation“. Es sind mithin Normen, Standards und Merkmale zum Beispiel eines Produkts, die erfüllt sein müssen, wenn „VerbraucherInnen“ ein „qualitätsvolle[s] Produkt“ haben wollen. Damit sind wir auch schon bei den Fragestellungen des Autors angelangt. Weber fragt, wie sich Qualität in dem komplexen Bereich der Suchthilfe messen lässt. Er geht am Beispiel des Vereins *Dialog* diesen und ähnlichen Fragestellungen nach und macht Qualitätsmanagement dadurch für die Leserin und den Leser konkret nachvollziehbar.

Das Interview *Suchttherapie zwischen Sozialarbeit und Psychotherapie – Zu Strukturproblemen suchttherapeutischer Arbeit und Ausbildung* mit dem Soziologen Hermann J. Müller fokussiert Strukturprobleme suchttherapeutischer Arbeit und Ausbildung von im Suchtbereich Tätigen, die eine wissenschaftliche Ausbildung in Pädagogik oder Psychologie haben sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Müller, der sich bereits 1995 mit „Suchttherapie und Supervision“ und in seinem aktuellen Buch „*Professionalisierung von Praxisfeldern der Sozialarbeit*“ mit dieser Thematik befasst hat, beschreibt Deprofessionalisierungstendenzen, die u.a. durch Ausbildungs- und Professionalisierungsdefizite und Arbeitsüberlastung sowie Kostengründe entstehen und zu einer Abwertung der Suchttherapie führen können. Er plädiert für einen Ausbau der Ausbildung und dafür, dass Suchttherapie eine eigenständige Therapie werden solle. Der Autor setzt sich kritisch mit Selbsterfahrung als „Eigentherapie-Ersatz“ auseinander. Er betont die Notwendigkeit von Weiterbildungen in diesem Feld. Als besondere Kompetenzen und Schwerpunktsetzungen bei der Sozialen Arbeit als Profession gegenüber anderen Berufsgruppen in der Suchtarbeit sieht er – und damit knüpft er an den aktuellen Professionalisierungsdiskurs innerhalb der Suchthilfe an – in der kurzfristigen Lösung „sozialer Probleme“ in Zusammenhang mit einer Suchtentstehung und -entwicklung. Bereits im Studium müsse stärker auf die Analyse multipler Problemlagen geachtet werden. Als Alternativen zur jetzigen Ausbildungssituation sieht er die Einrichtung von Studiengängen für Suchttherapie. Das schriftliche Interview führte Philipp Sperb vom Redaktionsteam dieser Gastherausgabe.

Heino Stöver, der sich als Pionier akzeptierender Drogenarbeit in Deutschland mit schadensbegrenzenden Ansätzen in der Sucht- und Drogenarbeit befasst, ist Hochschulprofessor an der *Frankfurt University of Applied Sciences* mit dem Schwerpunkt „Sozialwissenschaftliche Suchtforschung“. Er ist zudem ebendort Geschäftsführender Direktor des *Instituts für Suchtforschung (ISFF)*. Der Autor bilanziert in seinem Beitrag *Harm Reduction – Ergebnisse akzeptanzorientierter und niedrigschwelliger Drogenarbeit* zu den Erfolgen und Herausforderungen von Schadensminderung. Als Gegenentwurf zu einer bevormundenden, abstinenzfixierten Sucht- und Drogenarbeit entwickelte sich in den 1980er Jahren ein an Akzeptanz und Pragmatik orientierter Hilfeansatz, der mittlerweile zentraler Bestandteil übergeordneter Public-Health-Strategien, etwa der WHO der *Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAIDS)*, und *United Nations Office on Drug and Crimes (UNODC)* geworden ist. Laut Definition umfasst „Schadensminderung [...] Methoden, Programme und Praktiken, die darauf abzielen, die individuellen und gesellschaftlichen Schäden des Gebrauchs von psychoaktiven Substanzen der Menschen zu reduzieren,

die nicht in der Lage oder nicht willens sind, den Gebrauch einzustellen“, so Stöver. Der Verfasser legt dar, dass mittlerweile die Erfolge von Harm-Reduction-Maßnahmen vielfach beforscht sind, dieser Suchthilfe-Ansatz sowohl im Bereich illegaler wie legaler Drogen (Alkohol) verbreitet ist und hohe Wirksamkeit hat. Stöver grenzt dabei den Harm-Reduction-Ansatz von Ansätzen reiner Konsumreduktion und -häufigkeit ab und legt den Schwerpunkt auf die Beeinflussung von Umweltfaktoren wie z.B. beim Alkoholkonsum auf eine sichere Konsumumgebung. In weiteren Schwerpunkten des Beitrags geht der Autor auf Prohibition und Soziale Arbeit in der Suchthilfe, Drogennotfallprophylaxe, Harm Reduction im Justizvollzug u.a.m. ein. Auch Stöver leistet einen Beitrag zur Professionsdebatte in der Suchtarbeit, in dem er an das Verständnis von Thiersch von lebensweltorientierter Sozialer Arbeit anknüpft und hier verschiedene Kompetenzen von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern verortet. Entsprechend dem Themenschwerpunkt dieser Gastherausgabe fragt er nach dem Funktionieren einer *integrativen Suchthilfe*. Er beleuchtet – trotz Annäherung von akzeptanz- und abstinenzverbliebener Suchthilfe – einige Schwierigkeiten, sieht aber in einem Ausbau der kommunalen Vernetzung der Sucht- und Drogenhilfe einige Potentiale für die integrative Suchthilfe.

(Re)Integration von suchtkranken Menschen in die Gesellschaft durch Integration in Arbeit – eine Herausforderung für Netzwerkarbeit lautet der Titel des Beitrags von Jutta Henke, Dieter Henkel, Barbara Nägele und Alexandra Wagner. Gleich zu Beginn des Beitrags konstatieren die AutorInnen, dass für erwerbslose Suchtkranke die Integration in Erwerbsarbeit ein wesentlicher unterstützender Faktor bei der Überwindung der Sucht sein kann. Der Beitrag nimmt Bezug auf Ergebnisse zu einer bundesweiten wissenschaftlichen Studie mit dem Titel „Erhebung von Ansätzen guter Praxis zur Integration und Aktivierung suchtkranker Leistungsberechtigter nach dem SGB II“. In der Studie gingen die Forscherinnen und Forscher der Frage nach, wie gut es den Jobcentern gelingt, suchtkranke Leistungsberechtigte beim (Wieder-)Einstieg in Arbeit zu unterstützen. Repräsentativ sollte mit der Studie ein Überblick über die Beratung und Vermittlung von suchtkranken Menschen im SGB II gegeben werden. Auch die Übertragbarkeit von Ansätzen guter Praxis bildet einen Schwerpunkt der Studie. Der Beitrag in dieser Zeitschrift stellt ausgewählte Ergebnisse der Erhebung und eines anschließenden ExpertInnen-Workshops dar und greift diese vor dem Hintergrund derzeitiger Diskussionen zu dem

Thema auf. In den fünf Themenblöcken Arbeit und Sucht – Rehabilitation als Gesamtprozess; das Hilfesystem: Jobcenter und ihre Netzwerkpartne; Erfahrungen der Kooperation zwischen Jobcentern und Suchtkrankenhilfe; Verzahnung mit der Sucht-Rehabilitation; Erfahrungen bei Integration und Beschäftigungsförderung werden Aspekte o.g. Ergebnisse vertieft. In einem Fazit kommen die Autorinnen und Autoren zu dem Schluss, dass es gute Praxisbeispiele für die Kooperation von Jobcentern und Suchtkrankenhilfe gibt. Netzwerkarbeit und eine gemeinsame Grundlage für die Zusammenarbeit sind hier zentrale Erfordernisse guter Zusammenarbeit. Allerdings gibt es noch Defizite bei der Umsetzung, zu deren Lösung weitere Modellprogramme umgesetzt werden.

Als letztes, drittes Kapitel dieser Gastherausgabe wird aufgrund unterschiedlicher thematischer Beiträge ein Szenario für eine *Sucht- und Drogenhilfe 2030* entwickelt. Dabei werden exemplarisch sowohl Herausforderungen als auch Perspektiven einer zukünftigen Sucht- und Drogenhilfe in verschiedenen Handlungsfeldern aufgezeigt.

Heike Zurhold und Silke Kuhn – beide Verfasserinnen sind Forscherinnen am *Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung (ZIS)* am *Eppendorfer Universitätsklinikum in Hamburg* – befassen sich in ihrem Beitrag mit *Drogenkonsum und Hilfebedarfe von minderjährigen und erwachsenen Geflüchteten*. Sie zeigen auf, dass bei einer nachlassenden Zahl von Asylanträgen in 2018 nicht allein die Flüchtlingszahlen und Herkunftsländer eine Rolle spielen, sondern auch sozioökonomische Merkmale der Geflüchteten von Relevanz für Suchthilfen sind. Auch der Status minderjähriger Flüchtlinge erfordert einen differenzierten Blick. Nicht zuletzt spielen sozioökonomische Merkmale der Geflüchteten wie Bildungsstand und Sprachkenntnisse eine Rolle, inwiefern Informationsangebote der Suchthilfe von geflüchteten Menschen genutzt werden. Eine häufig nicht vorgenommene begriffliche Unterscheidung zwischen „Flüchtlingen“ und „Migranten“ erschwert zudem differenzierte Suchthilfen. Verschiedene aktuelle wissenschaftliche Daten, die von Zurhold und Kuhn herangezogen werden, lassen auf umfassende gesundheitliche Problematiken wie posttraumatische Belastungsstörungen, Infektionskrankheiten u.a.m. bei der Gruppe der geflüchteten Menschen schließen. Risikoreicher Alkohol- und Drogenkonsum sind dabei häufig eine Form der Selbstmedikation. Die in einer wissenschaftlichen Untersuchung der Autorinnen befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Einrichtungen der Jugendsuchthilfe

gehen von hohen Konsumraten bei Geflüchteten in ihren Einrichtungen aus. In dem Artikel wird die Komplexität des Konsumverhaltens verschiedener (ursprungsländerspezifischer) Sub-Gruppen nachgezeichnet. Schwierigkeiten beim Zugang für Geflüchtete mit einem problematischen Drogenkonsum zur ambulanten und insbesondere zur stationären Suchthilfe werden deutlich. Die VerfasserInnen schlussfolgern, dass es für Geflüchtete aus Ländern wie Afghanistan, dem Iran, Somalia oder Eritrea keine spezifischen Angebote der Suchthilfe gibt. Eigene Konzepte für diese Zielgruppe der Suchthilfe müssten entwickelt werden, die auf wenige Praxisbeispiele Bezug nehmen können. Herausforderungen für die Zukunft sind etwa, die kulturelle Sensibilisierung für und die Kommunikation mit Geflüchteten zu verbessern und Sprachmittler stärker verfügbar zu machen.

Die AutorInnen Tobias Hayer, Johanna Meyer und Lydia Girndt befassen sich in ihrem Beitrag mit dem Thema *Glücksspiele und Glücksspielsucht: Ausgewählte Forschungsbefunde und Herausforderungen für das Suchthilfesystem*. Die Wissenschaftler am *Institut für Psychologie und Kognitionsforschung der Universität Bremen* mit dem Schwerpunkt Glücksspielsuchtforschung beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit den besonderen Erscheinungsformen der Glücksspielsucht, benennen Risikofaktoren und -gruppen und kommen zu Schlussfolgerungen für ein integriertes Hilfesystem. Zunächst stellen die VerfasserInnen Glücksspielformen und der Glücksspielproblematik (u.a. Prävalenzen) vor und greifen dabei auf Ergebnisse aktueller Forschungen in dem Bereich zurück. Anhand internationaler Diagnoseklassifikationen werden die pathologischen Glücksspielformen und -ausprägungen charakterisiert und eingeordnet. Ein Unterschied etwa zu stoffgebundenen Suchterkrankungen ist die große Rolle, die Geldgewinne bzw. -verluste und der Umgang damit spielen. Die VerfasserInnen ziehen bei der Darstellung von spezifischen Risikofaktoren für eine Glücksspielsucht die häufig zugrunde gelegte Suchttrias von Suchtmittel, Umgebung und Person heran. Mit Rückgriff auf epidemiologische Forschungsstudien konnten Personen- und Subgruppen mit hoher Vulnerabilität bestimmt werden. Auch die Komorbidität weiterer psychischer Störungen spielt bei der Entwicklung der Suchtproblematik eine gewichtige Rolle. Dennoch stellen Personen mit pathologischem Glücksspielverhalten keine homogene Gruppe, sondern verschiedene Subtypen dar, was Implikationen für die Ausgestaltung von Hilfsangeboten hat. Ein integratives Hilfesystem müsse laut den VerfasserInnen

sowohl passgenaue Ausstiegshilfen als auch indikative Spezialisierung der Behandlung im stationären Bereich vorhalten. Auch ist eine strukturelle Vernetzung verschiedener PartnerInnen im Hilfesystem notwendig, um etwa passgenaue Interventionen effektiver zu gestalten. Zuletzt verweisen die AutorInnen des Beitrags auf eine Verquickung von politischen Entscheidungsprozessen, restriktiv regulierten SpielerInnenschutz und integrativer Suchthilfe.

Die Gastherausgabe *Integrative Sucht- und Drogenhilfe – Entwicklungen, Herausforderungen und Perspektiven* der Zeitschrift **rausch – Wiener Zeitschrift für Suchttherapie** schließt mit einem Artikel der SuchtforscherInnen Irmgard Vogt, ehemals Professorin an der *FH Frankfurt am Main*, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, und Martin Schmid von der Hochschule Koblenz, Fachbereich Sozialwissenschaften. Thema ist der *Konsum und Abhängigkeit von Alkohol und Straßendrogen nach der Lebensmitte: Modelle der Versorgung in Deutschland*. Zu Beginn des Artikels beschreiben die AutorInnen Substanzkonsum ab der Mitte des Lebens und die hiermit zusammenhängenden gesundheitlichen und sozialen Folgewirkungen. Auch Medikamente fallen hier ins Gewicht. Prävalenzen zu Alkohol und illegalen psychoaktiven Substanzen werden für Menschen nach der mittleren Lebensphase dargestellt. Häufig bleiben Suchterkrankungen aber im Verborgenen und werden daher erst spät erkannt und behandelt. Auf der Hilfsangebotsseite fehlt häufig eine adäquate Versorgung für Menschen über 50 Jahre wie zum Beispiel durch Angebote wie „junge Pflege“. Ein Problem ist hier, dass nach wie vor Stereotypen und Ressentiments bis hin zur Stigmatisierung und Ausgrenzung gegenüber suchtkranken Menschen bestehen. Je älter etwa Menschen mit Alkohol- bzw. Drogenproblemen werden, umso mehr mischen sich Vorurteile und Stigmatisierungen im Zusammenhang mit Sucht mit denen, die sich auf das Alter schlechthin beziehen – so die AutorInnen. Nicht allein das spezialisierte Sucht- und Drogenhilfesystem, sondern auch das allgemeine Gesundheitssystem steht bei der Versorgung suchtkranker Menschen, die ihre Lebensmitte überschritten haben, vor vielfältigen Herausforderungen auf unterschiedlichen Ebenen. Angefangen von Leistungserbringern und weiter über die Unterstützungsleistungen bedarf es auch bei diesem Thema einer Vernetzung und Koordination der beteiligten Systeme und Organisationen sowie eines verbesserten Schnittstellenmanagements. Auf Pflegemodellen sowie Angeboten der Sucht- und Drogenhilfe gehen die AutorInnen ausführlich ein. Nicht

zuletzt fallbezogener und fallübergreifender Kooperation muss bei unterschiedlichen Hilfe- und Versorgungssystemen große Beachtung geschenkt werden. Besonders die regionale Vernetzung und der Wissenstransfer zwischen einerseits Sucht- und Drogenhilfe und andererseits Pflegehilfe sind zu verstärken.

Zum Schluss dieses Editorials möchte ich mich herzlich bei meiner Kollegin *Gaby Schwalb-Enders* vom *Nachsorge-Wohnprojekt BASIS* und meinem Kollegen *Philipp Sperb* vom *Drogenhilfezentrum Café BALANCE* der *Abteilung Suchthilfen* bedanken, die mit mir das Redaktionsteam dieser Ausgabe gebildet haben. Mein ausdrücklicher Dank gilt auch der *Landeshauptstadt Mainz*, die mir die Gestaltung und Arbeit an dieser Gastherausgabe ermöglicht hat.



Foto: Carsten Gostard

Dr. Artur Schroers

Diplom-Pädagoge
Suchtbeauftragter der Landeshauptstadt
Mainz, Leiter der Abteilung Suchthilfen
dr.artur.schroers@stadt.mainz.de

ANKÜNDIGUNG

30. Fachtagung des Fachverbandes Glücksspielsucht e.V. 22. und 23. November 2018

Die Jubiläumstagung des Fachverbandes findet in Berlin in der Kalkscheune (Nähe Friedrichstraße) statt. Als Grußredner werden die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, *Marlene Mortler MdB*, und der Berliner Abgeordnete *Daniel Buchholz* erwartet.

Donnerstag, 22. 11. | 12 bis 19 Uhr

In drei Plenarvorträgen berichtet zunächst der bekannte Bremer Glücksspielsuchtforscher *Dr. Tobias Hayer* über den Nutzen der Spielsperre als Präventionsinstrument. Die ärztliche Geschäftsführerin von MEZIS und Mitglied des Deutschen Ethikbeirates, *Dr. Christiane Fischer*, stellt die Initiative „Mein Essen zahle ich selbst!“ vor. Der Journalist *Dietmar Jazbinsek* nimmt in seiner bekannten sachlich-kritischen Art das Sponsoring der Suchtberatung durch die Automatenwirtschaft unter die Lupe.

In acht parallelen Workshops werden therapeutische Verfahren, Präventionsansätze, die Selbsthilfe für Glücksspielsüchtige, Informationen zu aktuellen Entwicklungen auf dem Glücksspielmarkt sowie geschlechtsspezifische Ansätze praktisch erfahrbar gemacht. Der Selbsthilfeworkshop ist ausschließlich für Glücksspielerinnen und Glücksspieler sowie deren Angehörige reserviert.

Freitag, 23. 11. | 9 bis 13 Uhr

In der bewährten Rubrik „Aus der Praxis für die Praxis“ werden in sechs Kurzvorträgen innovative

Ansätze der Beratung, Behandlung und Prävention aus dem Themenspektrum pathologischer PC-/Internetgebrauch und Glücksspielsucht von Kolleginnen und Kollegen der Suchthilfe vorgestellt und anschließend im Plenum diskutiert.

Der renommierte Hamburger Glücksspielforscher *Dr. Ingo Fiedler* referiert über Möglichkeiten der Regulierung von Onlineglücksspielen und stellt dazu einen europäischen Vergleich an.

Abschließend erfolgt die Vorstellung des vom BKK-Bundesverband geförderten Kurzfilms „Gesicht zeigen – Glücksspielsucht und Selbsthilfe“.

Veranstaltungsort

Kalkscheune
Johannisstraße 2
D-10117 Berlin

Kontakt

Sabine Fürst
Fachverband Glücksspielsucht e.V.
Meindersstraße 1a
D-33615 Bielefeld
Telefon: +49 (0)521 557721-24
Mail: verwaltung@gluecksspielsucht.de

Bitte online anmelden:
www.gluecksspielsucht.de

Vorwort.

Suchthilfe als integraler Bestandteil kommunaler Gesundheits- und Sozialpolitik

Eckart Lensch

Mainz, die Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz, ist eine wachsende Stadt mit derzeit 218.819 Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand: 30.06.2018). Die Mainzer Sucht- und Drogenhilfe als wichtiger Bestandteil der kommunalen Gesundheits- und Sozialpolitik ist in einer besonderen Situation: Zum einen weist sie eine räumliche Nähe zu Frankfurt am Main im Bundesland Hessen auf und zum anderen ist Mainz auch ein Anziehungspunkt für viele Menschen im dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet. Die kommunalen Bedingungen werden von unterschiedlichen ordnungs- und drogenpolitischen Ansätzen in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Hessen beeinflusst. Diese haben wiederum Auswirkungen auf die konkreten Angebote der Mainzer Sucht- und Drogenhilfe und deren Umsetzung.

Bereits im Jahr 1979 wurde eine Rahmenkonzeption zur Jugend- und Drogenberatung verabschiedet. In diesem Zuge entstand die Beratungsstelle BRÜCKE. In den folgenden Jahren entwickelte sich der damalige Fachbereich Suchthilfe (heute Abteilung Suchthilfen) mit seinen Teilbereichen in städtischer Trägerschaft in die drei Einrichtungen Jugend- und Drogenberatung BRÜCKE, teilstationäres Nachsorge-Wohnprojekt BASIS (1988) sowie niedrigschwelliges Drogenhilfezentrum Café BALANCE (1993). Hinzu kommen die wichtigen Bereiche Prävention, Schuldnerberatung und Nachsorge. Die Einrichtungen BASIS und Café BALANCE feiern in diesem Jahr ihr 30- bzw. 25-jähriges Jubiläum. Dies ist auch der Anlass, eine Gastherausgabe der Zeitschrift **rausch – Zeitschrift für Suchttherapie** zu unterstützen. Sie dokumentiert die Vorträge zur Fachtagung anlässlich der beiden Einrichtungsjubiläen und beinhaltet weitere thematische Beiträge von renommierten Autorinnen und Autoren in Suchthilfe und -forschung. Diese können auch Hinweise für die Weiterentwicklung der aktuellen Suchtkonzeption geben, die im Jahr 2015 von den relevanten Gremien in Mainz verabschiedet wurde. Ein wichtiger Impulsgeber und Förderer der Mainzer Suchthilfen war und ist das

Land Rheinland-Pfalz. Bei einer integrativen kommunalen Suchthilfe kann die Landesebene darüber hinaus auch die Sicherstellung eines weiterführenden Behandlungsangebots und Nahtlosigkeit der Hilfsangebote in der Region unterstützen.

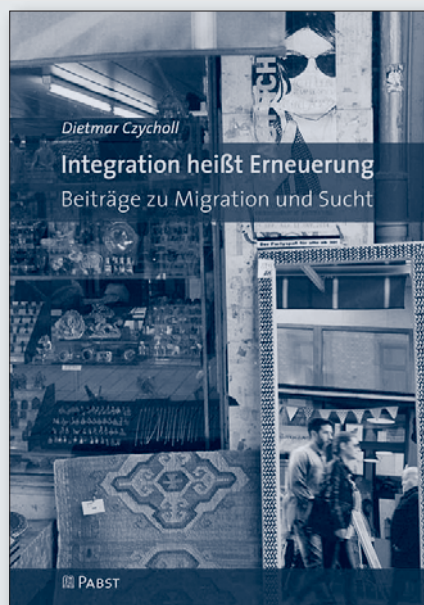
Ziel der Mainzer Sucht- und Drogenpolitik ist es, Menschen mit einer Suchtproblematik mit diversifizierten, ausreichenden und qualitativ hochwertigen Sucht- und Drogenhilfeangeboten zu erreichen. Die Abteilung Suchthilfen im Amt für Jugend und Familie ist ein wichtiger Bestandteil der Jugend-, Sozial- und Gesundheitspolitik in der Landeshauptstadt Mainz. Sie steht für einen integrativen Suchthilfeansatz in Mainz. So möchte die Landeshauptstadt Mainz ihren Bürgerinnen und Bürgern vielseitige Förderung, Unterstützung und Hilfe anbieten. Die Maßnahmen setzen frühzeitig an und sollen Menschen mit einer Suchtproblematik rechtzeitig erreichen. Sie sind lebensweltnah, verbindlich und sichern den Angebotsnutzerinnen und -nutzern Anonymität und Schweigepflicht zu. Die niedrigschwellige Arbeit verfolgt einen akzeptanzorientierten Hilfeansatz, der keine Vorbedingungen, wie Drogenfreiheit, einfordert. Die Beratungsarbeit findet einzelfallbezogen und in Gruppenangeboten statt. Eine intensive Betreuung unterstützt Menschen, die abstinent leben wollen, bei deren (Re-)Integration in die Gesellschaft: In Ausbildung, bei der Berufstätigkeit, beim Wohnen und beim Aufbau tragfähiger sozialer Beziehungen.

Die Abteilung Suchthilfen trägt eine Gesamtverantwortung für die Gestaltung eines Suchthilfesystems der Stadt Mainz und über die institutionellen Grenzen der eigenen Angebote hinaus. Dies beinhaltet, tragfähige und klar definierte Kooperationen zu schaffen. Infolge der aktuellen „Konzeption der Abteilung Suchthilfen“ aus dem Jahre 2015 wurden vermehrt koordinative Aufgaben übernommen. Hierdurch werden die verschiedenen Angebote im Rahmen der Säulen der Suchtpolitik, aber auch säulenübergreifend und durchlässig miteinander verknüpft. Nahtstellen zwischen den einzelnen

Angeboten können so besser geschlossen werden. Damit entstehen für suchtkranke Menschen möglichst keine Versorgungslücken an den Schnittstellen einzelner Handlungsfelder und weiterer Sektoren der Gesundheits- und Sozialpolitik (z.B. Arbeit, Wohnen, Psychiatrie). Das Management von Schnittstellen und das Herstellen von Nahtstellen wird auch in Zukunft eine der zentralen Aufgaben der Mainzer Suchthilfe sein.

Bevor Menschen mit einer Suchterkrankung eine angemessene Behandlung bekommen, vergehen oft viele Jahre. Nur ein geringer Teil (10%) der behandlungsbedürftigen Menschen bekommt, trotz eines differenzierten und hochqualifizierten Suchthilfesystems in Deutschland, eine angemessene Hilfe. Im Zugang zur

Beratung und Behandlung spielen Sucht- und Drogenberatungsstellen eine große Rolle. Allerdings können auch die niedergelassenen Ärzte, Arbeitgeber und Schulen sowie die soziale Verwaltung wie Amt für soziale Leistungen, Jobcenter und Gesundheitseinrichtungen wichtige Zugangswege schaffen. Für die Zukunft muss auch geprüft werden, welchen Gewinn hier der Einsatz von digitalen Medien etwa bei der Diagnostik, beim Screening und bei der Frühintervention bringen kann. Im Sinne von „Digital Health“ können Informations- und Kommunikationstechnologien die Weiterentwicklung von Suchthilfen unterstützen. Infolge eines gut aufgestellten Suchthilfesystems haben suchtkranke Menschen heute höhere Überlebenschancen. Damit einher geht eine veränderte



172 Seiten
ISBN 978-3-95853-350-9
Preis: 15,- €

Dietmar Czycholl

Integration heißt Erneuerung

Beiträge zu Migration und Sucht

Zuwanderung hat in der Geschichte der BRD nicht nur in den vergangenen zwei Jahren, sondern fortwährend in großem Maße stattgefunden und wird auch weiter stattfinden. Sämtliche Arbeitsbereiche, die für die sozialarbeiterische, psychologisch-psychotherapeutische und medizinische Versorgung von Menschen zuständig sind, stehen damit gleichermaßen fortwährend vor der Herausforderung sicherzustellen, dass ihre Angebote und Leistungen Neubürgern gleichermaßen zugänglich sind wie Einheimischen. Sind die fachlichen Konzepte der Suchthilfe geeignet, eine adäquate Versorgung von Zuwanderern zu leisten? Was bedeutet Kultursensibilität? Welche Grundlagen sind zu schaffen für die Entwicklung transkultureller Kompetenzen, für Prozesse interkultureller Öffnung, für kooperative Vernetzung mit Migrantenorganisationen?

Dieses Buch zeigt Linien der Auseinandersetzung mit dem Thema 'Migration und Sucht' über einen längeren Zeitraum hin auf. Es macht deutlich, dass immer wieder neu die immer wieder gleichen Fragen zu stellen sind. Zwar sind bedeutende Fortschritte gemacht worden, es sind aber auch immer wieder die gleichen Versäumnisse und Fehler zu beklagen.

Das Buch richtet sich an Fachleute der Suchthilfe und der Migrationsdienste, an Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Psychologen und Psychologinnen, Ärztinnen und Ärzte, Funktionstragende in Verbänden und Sozialpolitik und an alle anderen, für die die Frage der adäquaten Versorgung zugewanderter Menschen von Bedeutung ist.



PABST SCIENCE PUBLISHERS

Eichengrund 28 | D-49525 Lengerich | Telefon +49 (0)5484 308 | Telefax +49 (0)5484 550
 pabst@pabst-publishers.com | www.psychologie-aktuell.com | www.pabst-publishers.de

Altersstruktur der Suchthilfe, in der es zunehmend mehr „ältere Suchtkranke“ gibt. Verbreiteter bei suchtkranken Menschen ist heute auch eine frühzeitige Diagnosestellung der Komorbidität. Mit Blick auf diese Entwicklungen reicht es nicht aus, dass allein die spezialisierte Sucht- und Drogenhilfe quantitativ und qualitativ alle Suchthilfen übernehmen kann. Um eine bestmögliche Versorgung suchtmittelkranker Menschen zu gewährleisten, müssen auch sektorenübergreifend ausreichend Angebote z.B. in der ambulanten suchtmittelmedizinischen und psychotherapeutischen Versorgung zur Verfügung stehen. Auch älteren Suchtkranken muss in Pflegeeinrichtungen eine Perspektive gegeben werden, in der ihren besonderen Bedarfen und Bedürfnissen Rechnung getragen wird.

Die Repression, als eine der Säulen der Sucht- und Drogenpolitik, steht oft in einem Spannungsverhältnis zur Suchthilfe, Prävention und insbesondere zu „Harm Reduction“. In einer verbesserten Abstimmung zwischen einerseits Justiz und Polizei und andererseits kommunaler Sucht- und Drogenhilfe ist eine wichtige Aufgabe, eine Basis dafür zu schaffen, dass akzeptanzorientiert und niedrigschwellig arbeitende Drogenhilfeeinrichtungen ihren Betrieb möglichst störungsfrei umsetzen können. In einigen Punkten bewegen sich niedrigschwellige Angebote immer noch in einem juristischen Graubereich. Vor diesem Hintergrund ist es also wichtig, dass sich Polizei, Justiz und Suchthilfe regelmäßig zu einem „Runden Tisch“ versammeln, um Störungen des Einrichtungsbetriebs zu vermeiden. Es geht hier auch um ein besseres Verständnis der jeweiligen Perspektive auf das Drogengeschehen. Basis eines jeden Verständnisses ist hierbei eine gute Kommunikation der verschiedenen Bereiche.

In einer Gesellschaft, in der Marginalisierung von Menschen und Menschengruppen aufgrund von Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Minderheit oder abweichender Verhaltensweisen stärker geworden ist, hat die Politik die Aufgabe, suchtkranke Menschen vor weiterer Diskriminierung und Ausgrenzung zu schützen. Auch die Klientel der Sucht- und Drogenhilfe hat einen Anspruch auf Integrati-

on und gesellschaftliche Teilhabe. Eine integrative Suchthilfe ist insofern auch eine wichtige Institution, suchtkranken Menschen Unterstützung zur Integration in die Gesellschaft, in Arbeit und in das Gesundheits- und Sozialsystem zu geben. Sie ist auch in einer „Anwaltschafts“-Rolle, um andere gesellschaftliche Systeme auf die Bedarfe und Bedürfnisse von Suchtkranken aufmerksam zu machen und diesen Geltung zu verschaffen. Eine integrative Sucht- und Drogenhilfe kann insbesondere in der Öffentlichkeitsarbeit dazu beitragen, den Konsum von illegalen psychoaktiven Stoffen („Drogen“) nicht allein unter Problemgesichtspunkten (Kriminalität, Schädigungen) zu betrachten, oder etwa Drogenkonsumierende zu dämonisieren, sondern kompetenz- und ressourcenorientiert Menschen zu einer kritischen Haltung wie auch zu einem eigenverantwortlichen Umgang mit Suchtmitteln zu unterstützen. Bei der Allgegenwart von Alkohol und Glücksspiel ist es erforderlich, neben Abstinenz auch Konsumkompetenz und kontrollierten Umgang zu fördern.

Sucht- und Drogenarbeit wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle im Sozial- und Gesundheitssystem spielen. Diese Aufgaben brauchen ein drogenpolitisches Umfeld, in dem „Sucht“ als Krankheit wie andere Krankheiten begriffen wird, und suchtkranke Menschen eine vorurteilsfreie Unterstützung bekommen.



Dr. med. Eckart Lensch

Beigeordneter der Landeshauptstadt Mainz,
Dezernat IV – Soziales, Kinder, Jugend, Schule
und Gesundheit
sozialdezernat@stadt.mainz.de